

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Technik und Umwelt Hügelsheim am Montag, den 23.01.2017, im Sitzungssaal des Rathauses Hügelsheim, Hauptstraße 34.

Vorsitzende/r:

Bürgermeister Reiner Dehmelt

Mitglieder:

Gemeinderat Marco Eberle

Gemeinderätin Ameli Frank

Gemeinderat Prof. Dr. Peter Jehle

Gemeinderat Heinz-Uwe Korell

Gemeinderat Bernhard Rußi

Gemeinderat Roland Schell

Vertretung für GR Hans Kiefer

Protokollführer:

Hauptamtsleiter Gerold Klein

Verwaltung:

Ortsbaumeister Elmar Sauter

Gäste:

Frau Wenzke, BT

Frau Vögele, BNN

Urkundspersonen:

Gemeinderat Bernhard Rußi

Gemeinderat Marco Eberle

Entschuldigt:

Mitglieder:

Gemeinderat Hans Kiefer

Beginn der Sitzung: 18:30 Uhr

Ende der Sitzung: 18:55 Uhr

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom 10.01.2017 ordnungsgemäß eingeladen worden ist,
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am 20.01.2017 ortsüblich bekannt gegeben wurde,
3. das Kollegium beschlussfähig ist, weil mindestens 4 Mitglieder anwesend sind.

TOP 1

Antrag auf Baugenehmigung zum Umbau des Wohnhauses auf dem Grundstück,

Flst.Nr. 228, Rheinstr. 40

Vorlage: BAU/001/2017

Aussprache:

Gemeinderat Schell fragt, ob baurechtlich geklärt ist, dass das bestehende Ökonomiegebäude zur Garage um genutzt wird.

Bauamtsleiter Sauter antwortet, dass die Verwaltung die Baurechtsbehörde entsprechend darauf hinweisen wird.

Gemeinderat Eberle stellt fest, dass der beigelegte Lageplan nicht dem neuesten Stand entspricht. Das noch als Wirtschaftsgebäude im Lageplan mit der Nummer 31 eingezeichnete Nachbargebäude, ist jetzt ein Wohnhaus. Er fragt, ob bei dem vorliegenden Bauantrag evtl. Grenzabstände eine Rolle spielen.

Bauamtsleiter Sauter erläutert, dass im Verfahren geprüft, ob Baulasten vorhanden sind. Eine grenznahe Bebauung ist in diesem Bereich nicht unüblich.

Zur geplanten weiteren Zufahrt von der Römerstraße bemerkt Gemeinderätin Frank, dass der Gehweg entlang der Römerstraße bis zur Gartenstraße teilweise sehr schmal ist.

Gemeinderat Dr. Jehle erläutert, dass die Vor- und Nachteile einer zusätzlichen Zufahrt von der Römerstraße abgewogen werden müssen. Der Bauherr soll einerseits ausreichend Stellplätze auf seinem Grundstück nachweisen, andererseits werden durch die Zufahrt von der Römerstraße zusätzliche Stellplätze geschaffen.

Bauamtsleiter Sauter erwähnt, dass die Stellplätze in der Halle auch von der Rheinstraße her angefahren werden können.

Bürgermeister Dehmelt schlägt vor, über den Verwaltungsvorschlag abzustimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bau Technik und Umwelt beschließt, das gemeindliche Einvernehmen für den Umbau und die Erweiterung des Wohnhauses in der Rheinstraße 40 zu erteilen, die Vorgaben des §5 der LBO sind zu beachten.

Die nach der LBO erforderlichen Stellplätze sind auf dem Grundstück nachzuweisen.

Die Zustimmung für die geplante Zufahrt zur Römerstraße wird versagt, da es hierdurch bei der An- und Abfahrt zu gefährlichen verkehrlichen Situationen kommen kann siehe §2 Abs. 1 GaVO.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

5 Ja

1 Enthaltung

TOP 2

Sanierung der Dachgaube auf der Schwarzwaldhalle

hier: Vorlage der Schlussrechnungen

Vorlage: BAU/002/2017

Aussprache:

Bürgermeister Dehmelt verweist auf die Sitzungsvorlage mit den Schlussrechnungen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bau Technik und Umwelt beschließt, die Schlussrechnung für die Sanierung der am hinteren Treppenaufgang der Schwarzwaldhalle in Höhe von 42.700,16 Euro anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Gemeinderat Schell und Gemeinderätin Frank haben aus Befangenheitsgründen an Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

TOP 3

Anlegen von öffentlichen Stellplätzen im Bereich Römerstraße / Verbindungsweg zum Hecklehamm

Vorlage: BAU/003/2017

Aussprache:

Bürgermeister Dehmelt trägt den Sachstand vor.

Der Ausschuss für Bau, Technik und Umwelt stellt fest, dass bei allen vier Varianten eine Verengung der Einfahrt von der Römerstraße in den Wirtschaftsweg mit verbunden ist. Alle vier vorgeschlagenen Varianten bringen keine optimale Lösung in diesen verkehrlich sensiblen Bereich.

Der Ausschuss für Bau, Technik und Umwelt schlägt vor, zunächst nochmals im Gespräch mit dem dort ansässigen Arzt nach einer für alle Seiten vertretbaren Lösung zu suchen.

Beschluss:

kein Beschluss

Vorsitzender: _____

Schriftführer: _____

Urkundspersonen: _____
